

DR. JOHANNES WEBERLING

RECHTSANWALT

RA DR. JOHANNES WEBERLING - ORANIENSTR. 164 - D-10969 BERLIN

An das
Landgericht Berlin
- Zivilkammer 16 -
Tegeler Weg 17 - 21
10589 Berlin

Landgericht Berlin		
Eing.: 21. JUN. 2000		
KM-Scheck-über _____		
2	Akt. _____	Anl. _____

ORANIENSTRASSE 164
10969 BERLIN
TELEFON (030) 6 16 89 -490/491
TELEFAX (030) 6 16 89 -493
INTERNET <http://www.presserecht.de>

20. Juni 2000

In dem einstweiligen Verfügungsverfahren

**Bundesbeauftragter für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
DDR Herr Joachim Gauck**
- 16 O 380/00 -

./.

Alant Jost

beantrage ich namens und in Vollmacht des Gläubigers
gem. § 890 ZPO,

gegen den Schuldner wegen Verstoßes gegen die
Verpflichtung in der einstweiligen Verfügung des
Landgerichts Berlin vom 9. Juni 2000, Az 16 O
380/00, ein empfindliches Ordnungsgeld, ersatz-
weise Ordnungshaft, festzusetzen.

Begründung:

Mit einstweiliger Verfügung vom 9. Juni 2000, deren zu-
gestellte Ausfertigung ich in Kopie als

Anlage ZV 1

beifüge, ist dem Schuldner untersagt worden, sich der
Bezeichnung „gauck.net“, „gauck.com“ und „gauck.org“

als Adreßbezeichnung im Internet zu bedienen und/oder diese Bezeichnungen reserviert zu halten.

Die einstweilige Verfügung ist dem Schuldner ausweislich der der **Anlage ZV 1** in Kopie beigehefteten Zustellungsurkunde am 9. Juni 2000 zugestellt worden.

Der Schuldner ist der Unterlassungsverfügung bisher jedoch nicht nachgekommen. Vielmehr betreibt er ausweislich der als

Anlage ZV 2

beigefügten eidesstattlichen Versicherung der Rechtsanwältin Dr. Yvonne Kleinke unter den Adressen „gauck.com“, „gauck.net“ und „gauck.org“ nach wie vor das als Anlage EV 1 ebenfalls beigefügte Internet-Angebot.

In dem Internet-Angebot des Schuldners ist neben dem vorgerichtlichen Abmahnschreiben des Gläubigers auch der Beschluß des Landgerichts vom 9. Juni 2000 im Faksimile abrufbar. Der Schuldner stellt dazu fest, daß er den gerichtlichen Beschluß nicht befolgen wird („[...] I *will not* honor this court order, [...]”).

Es ist dem Gläubiger nicht zumutbar, daß die unter seinem Privatnamen geführten Internet-Domains von dem Schuldner weiter zum Zwecke der Herabsetzung des Gläubigers sowie der von ihm geleiteten Behörde verwendet werden.

Wegen der ganz offensichtlichen bewußten Mißachten der Entscheidung des Gerichts bleibt dem Gläubiger deshalb keine andere Wahl, als den Schuldner durch ein Ordnungsgeld anhalten zu müssen, seiner Verpflichtung sofort nachzukommen.

Zwei Abschriften anbei.

Dr. Johannes Weberling
Rechtsanwalt -

Beglaubigt
Rechtsanwalt

Ausfertigung

Landgericht Berlin



Geschäftszeichen
16.O.380/00
-Vertreterkammer-

*Anlage
ZV 1*

10589 Berlin, Tegeler Weg 17 - 21
Fernruf (Vermittlung): 90 188 - 0, Intern: (9188)
Apparatnummer: siehe ☎
Telefax: (030) 90 188 - 518
Konto der Gerichtszahlstelle des Landgerichts:
Postbank Berlin Konto Nr. 1046 81 - 102 (BLZ 100 100 10)

Fahrverbindung:
U-Bhf. Mierendorffplatz, U-Bhf. und S-Bhf. Jungfernheide
Bus 109, 121, 126, 127, 227, X9

☎
326

Datum
09. Juni 2000

Beschluss

In Sachen

des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Herrn Joachim Gauck,
Glinkastraße 35, 10117 Berlin,

Antragsteller,

- Verfahrensbevollmächtigter:
Rechtsanwalt Dr. Johannes Weberling,
Oranienstraße 164, 10969 Berlin -

g e g e n

Herrn Alant Jost,
[REDACTED] Berlin,

Antragsgegner,

wird im Wege der einstweiligen Verfügung - wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung -
angeordnet (§§ 935, 940, 890, 91, 32 ZPO; 12 BGD):

1. Dem Antragsgegner wird bei Vermeidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 500.000,- DM, ersatzweise Ordnungshaft, untersagt, sich der Bezeichnung „gauck.net“, „gauck.com“ und „gauck.org“ als Adreßbezeichnung im Internet zu bedienen und/oder diese Bezeichnungen reserviert zu halten.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsgegner.
3. Der Verfahrenswert wird gemäß § 3 ZPO auf 50.000,- DM festgesetzt.

Gründe:

Die einstweilige Verfügung war aus den Gründen der verbundenen Antragsschrift zu erlassen.

Dr. Scholz

Schaber

Kingreen

Ausgefertigt

Justizangestellte



Nr.
Geschäftsnummer
139/10

STENRECHNUNG

(G. V. Kost.-G.)

n	DM
iq § 16	
te	11,00
iq § 16	
iq. Ge-	
§ 16	
en	
auslg.	
en) § 36	2,00
ld	
um) § 37	
ke § 35	
§ 35	
stellung	
ksend.	
1024	5,30
	17,30
geöhr	
	17,30

Beglaubigte Abschrift - ~~Ausfertigung~~ - vorstehenden Schriftstückes
habe ich heute hier im Auftrage des Rechtsanwalts - Firma _____
zur Zustellung an _____
An Empfänger in Person:
dem Empfänger - Firmeninhaber _____
selbst in - der Wohnung - dem Geschäftslokal übergeben.
An Gehilfen usw.:
da ich in dem Geschäftslokal den Empfänger - Firmeninhaber _____
selbst nicht angetroffen habe, dort dem Bürovorsteher - Gehilfen _____ übergeben.
An Behörden, Vereine usw.:
dem Vorsteher - gesetzlichen Vertreter - vertretungsberechtigten Mitinhaber _____
in Person in - der Wohnung - dem Geschäftslokal _____ übergeben
da in dem Geschäftslokal während der gewöhnlichen Geschäftsstunden der Vorsteher - gesetzliche Vertreter -
vertretungsberechtigte Mitinhaber _____ an der Annahme verhindert war -
nicht anwesend war - dort dem beim Empfänger angestellten _____ übergeben
An ein Familienmitglied oder dienende Person:
da ich den Empfänger - Firmeninhaber _____ selbst in der Wohnung nicht angetroffen
habe, dort a) dem zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen, nämlich - der Ehefrau - dem Ehemann -
dem Sohne - der Tochter _____ b) der in der Familie dienenden erwachsenen _____
übergeben.
An den Hauswirt oder Vermieter:
da ich den Empfänger - Firmeninhaber _____ selbst in - der Wohnung - dem
Geschäftslokal - nicht angetroffen habe, und die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen
Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende Person nicht ausführbar war, d _____ in demselben Hause
wohnenden - Hauswirt - Vermieter - nämlich d _____ d _____ zur Annahme
bereit war, übergeben.
Niederlegung:
da ich den Empfänger - Firmeninhaber Herr A. Jost selbst in - der Wohnung -
nicht angetroffen habe und die Zustellung weder an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen
noch an eine in der Familie dienenden Person, noch an den Hauswirt oder Vermieter ausführbar war, auf der
Geschäftsstelle des Amtsgerichts - bei der Postanstalt - bei dem Gemeindevorsteher - auf dem Polizeirevier -
zu Polizeirevier / Kreuzberg niedergelegt. Über die Niederlegung habe ich eine an den
Empfänger gerichtete schriftliche Mitteilung - in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise abgegeben - an der
Für der Wohnung befestigt - einer in der Nachbarschaft wohnenden Person zur Weitergabe an den Empfänger
ausgehändigt.
Da der bezeichnete Empfänger die Annahme verweigerte, habe ich die Schriftstücke am Ort der Zustellung
zurückgelassen.
Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Schriftstück vermerkt.

den 09.06.2000 Wieding 17²⁵ Uhr
u u u : 17²⁵ Uhr
Ober-Gerichtsvorsteher
1010107/10



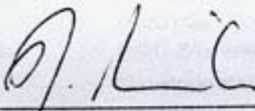
Eidesstattliche Versicherung

Hiermit erkläre ich, Dr. Yvonne Kleinke, Liegnitzer Straße 15, 10999 Berlin, in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung, insbesondere in Kenntnis der Strafbarkeit einer fahrlässig falschen eidesstattlichen Versicherung, folgendes

an Eides Statt:

Am Montag, dem 19. Juni 2000, 13:30 Uhr, habe ich festgestellt, daß unter den Adressen „gauck.de“, „gauck.com“, „gauck.org“ und „gauck.net“ das in Kopie als **Anlage EV 1** beiliegende Internet-Angebot von Alan Jost zu finden war. Gegenüber früheren Fassungen ist dieses Angebot um das Aufforderungsschreiben von Dr. Johannes Weberling vom 5. Juni 2000 zur Abgabe einer Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung sowie um den Beschluß des Landgerichts Berlin, Az 16 O 380/00, vom 9. Juni 2000 erweitert worden.

Berlin, 19. Juni 2000


_____
Dr. Yvonne Kleinke

DER BUNDESBEAUFTRAGTE

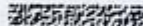
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik



BStU - Postfach 2 18 - 10106 Berlin

1. Mit Postzustellungsurkunde

Herrn



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen, meine Nachricht vom
LtB-118/00V

☒ (0 18 88)
6 64 - 75 34

Berlin
29.05.2000

Bezeichnung Ihrer Internet-Domain als Gauck.de

Unterlassungserklärung, Freigabe der Domain

Sehr geehrter Herr Jost,

Sie bezeichnen Ihre eigene Internet-Domain mit meinem persönlichen Familiennamen. Dieser hat sich in der Öffentlichkeit auch zur Bezeichnung der von mir geleiteten Behörde (BStU) eingebürgert. Darüber hinaus verwenden Sie in unzulässiger Weise die Eingangsgrafik der BStU-Site.

Durch die unbefugte Benutzung meines Namens und die Verwendung der Eingangsgrafik der BStU-Site erwecken Sie in irreführender Weise öffentlich den Eindruck, unter der Domain Gauck.de stelle der BStU sachliche Informationen über seine Tätigkeit zur Verfügung. Tatsächlich handelt es sich jedoch um von Ihnen erstellte Informationen, die der Herabsetzung meiner Person und der von mir geleiteten Behörde dienen. Ein berechtigtes Interesse an der Nutzung meines Namens steht Ihnen nicht zu.

Mit dem vorgenannten Verhalten verstoßen Sie gegen die Bestimmungen der §§ 12, 823 Abs. 1 BGB. Gemäß § 12 BGB kann in den Fällen, in denen das Recht zum Gebrauch eines Namens dadurch verletzt wird, dass ein anderer unbefugt den gleichen Namen gebraucht, der Berechtigte von dem anderen Beseitigung der Beeinträchtigung verlangen. Sind weitere Beeinträchtigungen zu besorgen, so kann er auf Unterlassung klagen. Sie sind daher verpflichtet, die für Sie registrierte Domain Gauck.de umgehend freizugeben und die Benutzung des Namens Gauck.de als Internet-Domain sowie die Verwendung der Grafik der BStU-Site ab sofort zu unterlassen.

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie sich darüber hinaus gemäß § 823 Abs. 1 BGB schadensersatzpflichtig machen, wenn Sie meinen Namen unbefugt weiter benutzen. Diese Bestimmung

Heutebuch
Oranienstraße 35
10117 Berlin

Oranienbude
Oranienstraße 35
Berlin - Mitte

Telefon
(Vermittlung)
(0 18 88) 6 64 - 0

Telefax
(0 18 88) 6 64 - 77 62

Geschäftszeichen: Leitungsbüro

2

erfasst auch den Ersatz des immateriellen Schadens, z. B. wegen einer Verletzung des Persönlichkeitsrechtes.

Ich gebe Ihnen vor der Einleitung gerichtlicher Schritte Gelegenheit zur aussergerichtlichen Beilegung des Streitverhältnisses. Dazu fordere ich Sie nachdrücklich auf, mir gegenüber

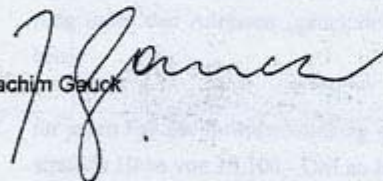
bis spätestens **02.06.2000** schriftlich zu erklären, dass Sie

1. die Benutzung des Namens Gauck.de als Internet-Domain ab sofort unterlassen und die bestehende Domain umgehend freigeben werden.
2. die Verwendung der Grafik der BStU-Site ab sofort unterlassen werden.

Sollte mir bis zum 02. Juni 2000 die vorgenannte Unterlassungserklärung nicht vorliegen, werde ich meine Beseitigungs-, Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche gerichtlich geltend machen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Gauck



In the letter above Mr. Gauck is threatening me with immediate legal measures if I do not give up my rights to the Domain name Gauck.de. I will not allow myself to be intimidated by any of these people, I have thus also registered into my name <http://gauck.com>, <http://gauck.net> and <http://gauck.org>.

Update: In the following letter: **Erpressungsbrief von Rechtsanwalt Johannes Weberling** the lawyer for Joachim Gauck, the head of the "Gauck Officials" the body in charge of the files of the former state security of the former East Germany, demands that I sign a binding legal statement giving up my rights to <http://gauck.com>, <http://gauck.net>, <http://gauck.org> as well as to <http://gauck.de>. The document to be signed also contains a clause that I agree that for every act of violating the terms of the to be signed waiver of my rights, I will pay a fine of **10,100 DM** to Joachim Gauck, in addition to an already demanded sum from me of **1,286.15 DM** for lawyers fees.

Below is a copy of the document contained in the letter from **Johannes Weberling** that I was supposed to have signed in order to sign away my legal rights to my intellectual property. Notice that this letter is addressed **June 5, 2000** and notice that I was expected to have had it signed and delivered by **June 8, 2000**. In view of the time it took to go through the post I was giving practically no time at all to consult a lawyer on behalf of my rights, yet *under threat of immediate legal charges*, I am expected to sign away my legal rights to my intellectual property *and pay the immediate legal fees* of the lawyers client, Joachim Gauck. This is clearly an act of intimidation and *even extortion* (*Erpressung* in German), since the threat includes not only the demand to give up my property rights, but the demand of immediate payment of **1,268.15 DM**, or else legal charges will be leveled against me. Gauck is a surname like my last name **Jost**. And I clearly do not have any automatic rights to the Domain name <http://Jost.de>, or to <http://Jost.com>, or to <http://Jost.net>, or to <http://Jost.org>. And as a public figure leading a *very controversial organization* Mr. Gauck and his organization have even less rights against being publicly criticized than a non public person. It seems to me *their methods* are themselves **Stasi**, or even *much, much* worse **National Socialist** in nature!

Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung

Herr Alant Jost, ~~10559 Berlin, Fagler Weg 17 - 21~~ Berlin, verpflichtet sich gegenüber dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Herrn Joachim Gauck, geschäftsansässig: Glinkastraße 35, 10117 Berlin,

1. es zu unterlassen, im Internet unter den domains „gauck.de“, „gauck.com“, „gauck.net“, „gauck.org“ aufzutreten und Einwände gegen die Löschung ihrer bestehenden Registrierung unter den Adressen „gauck.de“, „gauck.com“, „gauck.net“, „gauck.org“ zu erheben;
2. für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen diese Unterlassungsverpflichtung eine Vertragsstrafe in Höhe von 10.100,- DM an Herrn Joachim Gauck zu zahlen.
3. die Herrn Joachim Gauck durch das Abmahnschreiben entstandenen Anwaltsgebühren in Höhe von DM 1.286,15 inkl. Mehrwertsteuer zu erstatten

Berlin, den

It should be noted that more people have committed suicide after being humiliated, disgraced and denied job opportunities, due to the defaming tactics (often with little or no concrete incriminating evidence) from the "Gauck Officials" then were ever killed trying to leave East Germany along the Berlin Wall. The mere insinuation of ever having had anything to do, whatsoever, with the former secret services of East Germany is enough to ruin a person's personal and professional life - all transgressions done by the secret services from the western side are of course kept under lock and key.

Beglaubigte Abschrift

Ausfertigung

Landgericht Berlin



Geschäftszeichen
18 O.380/00
-Vertreterkammer-

10559 Berlin, Fagler Weg 17 - 21
Fernruf (Vermittlung): 90 158 - 0, Intern: (9188)
Apparaturnummer: siehe 52
Telefax: (030) 90 198 - 518
Konto der Gerichtskassafelle des Landgerichts:
Postbank Berlin Konto Nr. 1046 61 - 102 (BLZ 100 100 10)

Fahrverbindung:
U-Bahn, Mariendampplatz, U-Bahn, und S-Bahn, Jungfernheide
Bus 108, 121, 126, 127, 227, X8

328

Datum
09. Juni 2000

Beschluss

In Sachen

des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Herrn Joachim Gauck,
Glinkastraße 35, 10117 Berlin,



Antragsteller,

- Verfahrensbevollmächtigter:
Rechtsanwalt Dr. Johannes Weberling,
Oranienstraße 164, 10969 Berlin -

g e g r e n

Herr Alant Jost,



Antragsgegner,

wird im Wege der einstweiligen Verfügung - wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung -
angeordnet (§§ 935, 940, 890, 91, 32 ZPO; 12 BGD):

1. Dem Antragsgegner wird bei Vermeidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 500.000,- DM, ersatzweise Ordnungshaft, untersagt, sich der Bezeichnung „gauck.net“, „gauck.com“ und „gauck.org“ als Adreßbezeichnung im Internet zu bedienen und/oder diese Bezeichnungen reserviert zu halten.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsgegner
3. Der Verfahrenswert wird gemäß § 3 ZPO auf 50.000,- DM festgesetzt.

ZP123

[click here for the rest of the court order](#)

Update # 2: Here (in the letter above) I am being ordered by a court in Berlin under penalty of up to 500,000.00 DM or imprisonment, to cease appearing in the internet under the domains: Gauck.net, Gauck.org, or Gauck.com. I *will not* honor this court order, and state here, that I rather spend **the rest of my life** behind bars in a German prison than give up what I learned as a child growing up in the United States as my First Amendment Rights to free speech!



Nietzsche said it will all forever return, one thing is for sure, if we allow Gauck to

"relativize" the Holocaust, similar *will* occur.

In English

The above graphic (Das Jahr 1989) is on the first page of the *Gauck officials* homepage website, the BStU. The federal commissioned agency in charge of researching the files of the state security apparatus of the former GDR - commonly called the Gauck-Officials, since it is led by Joachim Gauck, an ardent anti-communist Christian. Mr. Gauck claims that already as a 9 year old boy he realized that socialism was an unjust system. The graphic says it all. One is reminded of scenes from Schinder's List, or any of the pictures that bring home the horrors of the Holocaust. The cold faced guards at night on one side are presented facing the innocent threatened masses on the other side. While this was the rule in Nazi Germany, aside from the border regime, it was not the rule in former East Germany. It is, however, indicative of most Germans to overstate the inhumanities of the East German regime in order to play down or "relativize" the horrors of the Holocaust.

No amount of degrading humiliation is spared in a constant act of comparing the former East Germany with Hitler's Third Reich! Particularly repugnant have been the comparisons that were made comparing the Jewish leader of the PDS, Gregor Gysi, with Nazi criminals such as Joseph Göbbels, Hitler's propaganda minister, and Hans Globke, the official commentator to the Nuremberg race laws (in the case of Joseph Göbbels by none other than the then practicing Finance Minister Theo Waigel).

These "Gauck" investigations which form the basis of many of the government's prosecutions against former East German citizens are on balance an act of hateful vengeance. Selectively, (often with little or no concrete incriminating evidence) people have been picked out and accused of involvement with the former state security apparatus of the former East German state. The mere insinuation of ever having had anything to do, whatsoever, with the former secret services of East Germany is enough to ruin a person's personal and professional life - all transgressions done, however, by the secret services from the western side are of course kept under lock and key.

In order to crack down and then prosecute former East Germans international law was broken (*jurisdiction of one country cannot apply over another*), the principals against the application of *retroactive law* were violated, the *statute of limitations* was ignored, and the principles of the *Unification Treaty between East and West Germany* are thoroughly disregarded, all of it illegal and unconstitutional, but simply sanctioned *as proper*, after the fact, by Germany's highest constitutional court. However, **when the issue is paying former Nazis war criminals generous pensions** (while former East Germans have their pensions illegally shortened or eliminated), the German government claims that "regrettably" nothing can be done due to constitutional restraints. **Clearly a double standard is being applied.** It should be noted that more people have committed suicide after being humiliated, disgraced and denied job opportunities, due to the defaming tactics from the "Gauck Officials" than were ever killed trying to leave East Germany along the Berlin Wall.

None of the judges that end up judging former East-Germans came from former East Germany. Overall, one system is enacting revenge against the other.

I hope you will find the information that I have put together here on the "Gauck officials" useful. Although, most of it is written in German some of it is in English, and I am particularly grateful for material to be sent to me written in English. Please send information to jost@zedat.fu-berlin.de. See personal commentary below

For more on Germany's Victors' Justice (Siegerjustiz) see my website at: <http://Siegerjustiz.de>

Alant Jost
Berlin,
July 11, 2000

Timothy Garton Ash: "Die Akte Romeo"

It often takes a foreigner to view German history more objectively. I haven't read this book, but from what I've heard and read this book is worth reading. It is from a British "insider" who has lived and worked in former East Germany. I'm sure it must be in English too, so when I find it I'll post it on this page.

In German

... Pastor Gauck (Stasi-Deckname: Larve) sollte sich nach seiner Verantwortung dafür frage!



Für einen 48-Jährigen hat Peter-Michael Diestel schon eine ansehnliche politische Karriere hinter sich: Er war Generalsekretär einer Partei (DSU), stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister der Letzten DDR-Regierung, CDU-Fraktionschef im Land Brandenburg. Unabhängig von seinem parteipolitischen Werdegang hat das >>Nordlicht<< (geboren in Prora auf Rügen) immer wieder der mit und nach der deutschen Einheit >>gepflegte<< Umgang mit den Ostdeutschen im Allgemeinen und den Stasi-Unterlagen im Besonderen umgetrieben. Jetzt fordert Diestel, dass geschehenes Unrecht rehabilitiert wird. Gabriele Oertel sprach mit dem Rechtsanwalt in seiner Potsdamer Kanzlei.

Foto PFH

>>Ich fordere eine >Salzgitter-Behörde< für ausgegrenzte Ossis<< Neues Deutschland Sonnabend/Sonntag, 27./28. Mai 2000 Seite 3

Peter-Michael Diestel im ND-Interview über das Stasi-Unterlagengesetz, die Gauck-Behörde und andere Unmöglichkeiten

...Ich mache den Vorwurf, dass die Politik wie auch Gauck selbst mit zweierlei Maß messen. Es gibt Menschen, die hatten viel weniger Kontakte zur Staatssicherheit als Herr Gauck, haben aber im ersten Gespräch mit dem MfS - meist funktionsbedingt - eine Verpflichtungserklärung unterschrieben. Sie hatten dann meist die Staatssicherheit nicht wie Herr Gauck unter fast konspirativen Bedingungen zu Hause, bei denen hat sich die Stasi auch nicht für die Zusammenarbeit bedankt. In der Verpflichtungserklärung stehen lediglich Dinge, die in der Rechtsordnung der DDR sowieso verankert waren. Diese Menschen werden heute nach den entsprechenden Bescheiden aus der Gauck-Behörde ausgegrenzt. Der Widerspruch besteht darin, dass Gauck und andere trotz ihrer Zusammenarbeit mit dem MfS für geeignet gefunden werden, öffentliche Ämter zu bekleiden und dafür hohe staatliche Auszeichnungen bekamen...

...Warum geht es Peter-Michael Diestel eigentlich, wenn er so laut die Glocken läutet?

Ich möchte, dass sich die Erkenntnis in ganz Deutschland endlich durchsetzt, dass wir mit der Stasi-Verfolgungs- und Berufsverbotspraxis in eine Sackgasse geraten sind. Ich möchte, dass begriffen wird, dass Geheimdienstakten in der ganzen Welt verlogen sind, nie dem Maßstab der objektiven Wahrheit genügen und niemals zum Beweismittel in einem nur einigermaßen rechtstaatlichen Prozess taugen. Und vor allem möchte ich, dass geschehenes Unrecht im Osten rehabilitiert wird. Kurz: Ich fordere eine >Salzgitter-Behörde<< für ausgegrenzte Ossis.

Die sollte was machen?

Sofort alle den öffentlichen Dienst betreffenden Beschränkungen aufheben. Dann müssen die wegen Stasivorwurf entlassenen Leute wieder eingestellt werden. Dafür freilich muss ein neues Recht gemacht werden - oder wir geben diesen Rechtsstaat auf. Realität ist doch heute, dass unbestrittene Rechtsgrundsätze aufgegeben werden, nur um mit angenommenen ehemaligen Kommunisten Abrechnung zu halten. Auch wenn ich mit diesen nichts gemein habe, der Rechtsstaat ist ein zu hohes Gut und in seinen Grundsätzen zu wichtig, um ihn für eine billige Rache auszuhöhlen...

MfS-Akten   Neues Deutschland   Donnerstag, 18. Mai 2000 Seite 5

Gauck und seine Behörde sind Anachronismen

Letzter DDR-Innenminister zu Berichten über ihm angetragenen Rechtsstreit

Von Dr. Peter-Michael Diestel

... Während sich der Chef einer Bundesbehörde von seinen Untergebenen öffentlich als Opfer bewerten und sie mitleidheischend auf seine >>leidvolle Vergangenheit<< verweisen lässt, geht es mir um vieltausendfaches Leid, das mit Stasi-Akten, der inquisitorischen Gauck-Behörde und dem rechtsstaatlich fragwürdigen Sondergesetz zu den MfS-Unterlagen vor allem in den neuen Bundesländern, aber auch in den alten Bundesländern verbreitet worden ist. Pastor Gauck (Stasi-Deckname: Larve) sollte sich nach seiner Verantwortung dafür fragen, dass nach Berichten seiner Behörde mehr Menschen den Freitod wählten, als jemals an der deutsch-deutschen Grenze an Opfern zu beklagen waren. Da zu fürchten steht, dass er dafür kaum oder kein Unrechtsbewusstsein aufbringt, werden ich und andere die Frage bis zu ihrer Klärung stellen. Der mecklenburgische Heimatdichter Jürgen Borchert soll der letzte sein, der sich nach Bescheiden der Gauck-Behörde im vergangenen Monat das Leben genommen hat. ...

... Gauck bestreitet laut >>Freitag<< in einer eidesstattlichen Versicherung vom 03. Mai 2000, zu irgendeinem Zeitpunkt >>bewusst oder gewollt mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet<< zu haben. MfS-Hauptmann Terpe dagegen hat Gauck >>für seine Initiativen, für seine langfristige gute Zusammenarbeit ... für seinen hohen persönlichen Einsatz<< im Namen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gedankt. Zu klären sein wird: Lügt Gauck oder lügen die Akten? Ebenso der Umstand, dass Gauck nach Rostock gefahren ist und sich mit seiner Original-MfS-Akte rechtswidrig allein beschäftigt hat. Sie war von Hauptmann Terpe vollständig in das Rostocker Archiv gegeben worden, weist aber jetzt Lücken auf. Hat die Stasi Akten gefleddert? Das hat die doch wohl nur bei ihren Freunden gemacht!? ...

Freitag

WENDIGER PASTOR ■ Peter-Michael Diestel: **Auf Wiedersehen, Herr Gauck** - 28. April 2000

LEX KOHL ■ Peter-Michael Diestel: **Akte um Akte, Zahn um Zahn - Spiel nicht mit den Schmuddel-Papieren, sing nicht der Stasi Lieder ...** 21. April 2000

junge Welt

Feuilleton

27.04.2000

Neues aus der MfS-Abhörabteilung

Aktenhüter Gauck als gesetzloser Charakterlump

...Peter-Michael Diestel, bei de Maizière im letzten DDR- Kabinett Innenminister, findet im nächsten »Freitag«, nach den Maßstäben seiner eigenen Behörde sei Gauck ein Täter und kein Opfer, vielmehr ein »**Charakterlump**«, dessen **IM- Karriere nur durch 1989 gestoppt worden sei**. »Sonderschutz für einen willigen Vollstrecker« sei »eine noch harmlose Beschreibung« für die wendige Karriere des »Pastors, Bürgerrechtlers und Aktenverwesers«, der seine Fahne nach der vergangenen Bundestagswahl »in den rosarotgrünen Wind gedreht« habe und nun auf einen »pompösen Abschied von den gegenwärtig Regierenden« warte.

Konkret: Heft 8 August 1997

Porträt des »Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR«, Joachim Gauck von Rayk Wieland.

Schon im Alter von zehn Jahren wußte ich, daß der Sozialismus ein Unrechtssystem war.

Joachim Gauck, 1991

Schon im Alter von neun Jahren, bekannte G. später, habe er gewußt, daß der Sozialismus ein Unrechtssystem war.

Munzinger Archiv

»Warum eigentlich«, ruft er 1994 in seiner Rede »Über Deutschland« aus, »hat mir niemand von den rund

zweitausend Juden erzählt, die im Berlin der Nazi- und Kriegszeit den Schrecken überlebt haben? Da müssen doch

nicht nur ein oder zwei, sondern Hunderte, vielleicht gar Tausende von Helfern in Berlin gelebt haben«...

Vorwärts Biedermann und Brandstifter

... Wie hoch Bonn die Tätigkeit der Behörde einschätzt, zeigt ein Vergleich des Personalaufwandes zwischen Gauck-Behörde und der Ludwigsburger Zentralstelle zur Erfassung von NS-Verbrechen. In Berlin und den Filialen sind mehr als 3000 Mitarbeiter tätig, in Ludwigsburg nur noch zwei Dutzend. Die Ablenkung von der unbewältigten braunen Vergangenheit der BRD ist ein weiterer entscheidender Grund für den unverhältnismässig grossen Aufwand der Gauck-Behörde, deren Etat jährlich bei 250 Millionen Mark liegt. Im Frühjahr 1997 schlug der Bundesrechnungshof Kostensenkungen durch Schliessung mehrerer Aussenstellen vor. Doch Bundesfinanzminister Theo Weigel (CSU) lehnte das ab, obwohl er nicht weiss, woher er fehlende Milliarden im Haushalt nehmen soll. ...

VVN: Keine Opferrente für Nazi-Ordensträger!

Mehr Personal für die Zentralstelle zur Aufklärung von NS- Verbrechen fordern die Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). In einem Brief an die Innen- und Justizminister der Länder verlangen Peter Gingold und Ulrich Sander, notwendiges Personal für die Ludwigsburger Zentralstelle von der Gauck-Behörde abzustellen. In dem Schreiben der VVN-BdA heisst es: »Wir ersuchen Sie dringend, aus dem Bereich der Landes- und Bundesbeauftragten für die Stasi- Unterlagen Mittel, Technik und Personal abzuziehen, um die Ludwigsburger Zentralstelle personell, finanziell und technisch aufzurüsten, damit sie schnellstens die Rentenzahlungen an Kriegsverbrecher beenden helfen kann.«...

GEHEIM: 3/1998 Bemerkungen zur Politischen Kultur BfV gegen Rolf Gössner - VS für Rolf Gössner

In einem Schreiben vom 3. Juli 1998 an den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Peter Frisch, fordert der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in den IG Medien, Prof. Dr. Fred Breinersdorfer, die inzwischen 28 Jahre andauernde Überwachung des Bremer Rechtsanwaltes und Publizisten Dr. Rolf Gössner unverzüglich einzustellen und ihm gegenüber die erfaßten Daten offenzulegen, wie dies von der Gauck-Behörde stasigeschädigten Mitbürgern gewährt werde.

«Seit heute Morgen wird zurückgeschossen» Von Karl-Eduard von Schnitzler

Die öffentlichen Reaktionen auf diese Ausstellung belegen den Zustand der Gesellschaft. DDR-Grossinquisitor Gauck, Pfarrer und Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, schreibt in der »Leipziger Volkszeitung«: »Honeckers Kindergärten werden gerühmt so wie Hitlers Autobahnen, die schlimmsten Sachen dagegen ausgeblendet.

Antifaschistische Nachrichten 5/1997 Prof. Heinrich Fink klagt vor dem BVG

»...es sieht so aus, als stünde jedesmal, wenn die in Bonn oder Westberlin bei der Abwicklung einer relativ reputierlichen Institution der früheren DDR nicht recht vorankommen, eine entsprechende Akte aus den Gauckschen Vorräten zur Verfügung.« Diese Worte stammen von

Stefan Heym. So war auch die Akte »IM Heiner« plötzlich da; Prof. Fink wurde zum Wissenschaftssenator gerufen und erhielt - zu seiner völligen Überraschung - die Mitteilung über ein Schreiben der Gauck-Behörde vom selben Tag, in dem es hieß, er sei seit 1969 IM des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gewesen. Von seiner fristlosen Kündigung erfuhr er durch die Presse.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - VVN-BdA -

Offener Brief An die Justizminister und Innenminister der Länder

unter der Überschrift "Für die Suche nach NS-Verbrechern fehlen EDV und ein Historiker" berichtet in der "Frankfurter Rundschau" vom 8.7.98 Matthias Arning, "der Entzug von Kriegsopferrenten, die bislang auch an Kriegsverbrecher gezahlt wurden, droht daran zu scheitern, daß die Ermittler der Zentralen Stelle zur Aufklärung der NS-Verbrechen überfordert sind." Auch im Deutschlandfunk und in der Zeitung Neues Deutschland hat sich der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle mit einem Hilferuf zu Wort gemeldet: Er habe nur rund 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, incl. Reinigungskräfte und so gut wie keine Technik. Er könne das Notwendige und von ihm Geforderte nicht leisten.

...Auf 3.400 Planstellen und einen Etat von hunderten Millionen Mark ist die Gauck-Behörde für die Stasi-Hinterlassenschaften angewachsen. Hier besteht kein Mangel an Geld, Technik und Personal. Diese Behörde ist nur zu oft auch gegen Opfer des NS-Regimes tätig geworden, hat mittels Vorlage von Geheimdienstberichten dafür gesorgt, daß ihnen die Renten genommen oder verringert wurden. (Dies ist zum Beispiel im Falle der schwerbehinderten Witwe von Hermann Axen, einem Überlebender des Holocaust, geschehen, der Mitglied des SED-Politbüros war, wofür seine Witwe nun büßen soll.)

GLASNOST Informations- und Dokumentationssystem Berlin von Manfred Behrend

Bürgerbewegungen in der DDR und danach -Aufstieg, Niedergang und Vermächtnis

...Den Ministerpräsidenten Stolpe versuchten Bärbel Bohley, Reinhard Schult, der ehemalige SED-Genosse und Stasi-IM Wolfgang Templin und die Landesbildungsministerin Marianne Birthler als angeblichen früheren Mitarbeiter der Staatssicherheit zu diskreditieren. Auf Material der Gauck-Behörde gestützt behaupteten sie, er habe den Bürgerrechtlern zu DDR-Zeiten geschadet und sei ein Mann des "Unrechtsstaates" in der Kirche, nicht ein Mann der Kirche im Staat gewesen.(42) Als der Ministerpräsident dies bestritt, nannte ihn der damalige Fraktionsvorsitzende von "Bündnis 90" im Brandenburger Landtag, Günter Nooke, einen Lügner und eskalierte so den Streit.(43) Folge war allerdings nicht Stolpes Sturz, sondern der Zerfall der Nooke-Fraktion und Ministerin Birthlers Rücktritt.

...Als der Coup zur Liquidierung der ganzen Partei gescheitert war, standen neue diffamierende "Überprüfungen" der Vergangenheit des Vorsitzenden ihrer Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, im Vordergrund. Dieser Mann, der in den Augen der SED-Führung ein unsicherer Kantonist war, wenngleich ein hochgestellter, sollte nunmehr nachträglich als Zuträger, Helfershelfer und politischer Erbe dieser Führung diffamiert werden. Lengsfeld und Poppe von den Bündnisgrünen setzten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß durch, dem die Gauck-Behörde eine tendenziöse, monatelang vorbereitete und mehrfach umgeschriebene Expertise zulieferte.

Spotless Verlag ... Joachim Gauck (von der Bundesregierung bestellter oberster Stasi-Aktenverwalter) spielt den ihm angetragenen Part vorzüglich, in vorauseilendem Gehorsam der Bundesregierung gegenüber und ohne jeden Anflug von christlicher Nächstenliebe. Vielmehr

scheint der Pfarrer in mehr als alttestamentarischen Rachegefühlen befangen zu sein. Ob das mit seiner eigenen Stasi-Akte zusammenhängt, die - ob gereinigt oder nicht - mehr Fragen offen läßt als sie beantwortet? Vorerst bleibt der Verdacht, daß eigene Schuldgefühle kompensiert werden sollen. ... [Und vieles mehr aus dem Spotless Verlag.]

PDS im Bundestag:

PDS im Bundestag: Offener Brief von DDR-Bürgerrechtlern: Gauck spricht nicht für die Demokratiebewegung des Herbstes '89 (09.11.1999) Als DDR-Oppositionelle und Mitbegründerin des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) und anlässlich der Sondersitzung des Deutschen Bundestages zum 10. Jahrestag der Maueröffnung erklärt die Abgeordnete Christina Schenk:

PDS im Bundestag: Connection Gauck - »Spiegel« brüskiert Parlament Datum : 07.07.1999 **Thema :** **Gauck-Behörde / Medien** Zur "Spiegel"-Meldung über ein 200-Seiten-Dossier zu MdB Heinrich Fink erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion, Roland Claus:

PDS im Bundestag: Neue Dokumente nicht von Bedeutung Datum : 05.05.1998 **Thema :** **Gysi / Gauck** Die "Berliner Zeitung" hat heute erneut ihren Bericht vom 30.4.98 bekräftigt, demzufolge es neue Dokumente über eine »Stasi-Zusammenarbeit Gregor Gysis« geben würde. Bereits in der vergangenen Woche wurde jedoch bekannt, daß diese Dokumente vom Immunitätsausschuß nicht für das Überprüfungsverfahren gegen Gregor Gysi beigezogen werden, weil diese nach Auskunft der Gauck-Behörde keine Gregor Gysi belastenden Anhaltspunkte enthalten würden...

PDS im Bundestag: Immunitätsausschuß als politisches Kampfinstrument Datum : 30.09.1997 **Thema :** **Gauck / Stasi** Zu einer dpa-Meldung, daß dem Immunitätsausschuß ein »neues Gutachten« der Gauck-Behörde gegen Gregor Gysi vorliegen würde, erklären Ulla Jelpke und Winfried Wolf, Mitglieder des Immunitätsausschusses:

PDS im Bundestag: Kein neues Gutachten - kein IM Datum : 30.09.1997 **Thema :** **Gauck / Stasi** Zu Berichten in mehreren Zeitungen, daß der Immunitätsausschuß voraussichtlich Ende November eine »Stasi-Mitarbeit Gysis« feststellen werde, erklärt der Pressesprecher der PDS Bundestagsgruppe, Jürgen Reents:

PDS im Bundestag: Kein neues Gutachten der Gauck-Behörde zu Gregor Gysi Datum : 14.06.1997 **Thema :** **Gauck - Gysi** Die Berliner Zeitung titelte am Samstag auf Seite 1, daß die Gauck-Behörde dem Immunitätsausschuß des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 12.6. ein neues, belastendes Gutachten zu Gregor Gysi übergeben habe.

Die Wirklichkeit ist, es gibt kein neues Gutachten...

PDS im Bundestag: Neue Dokumente der Gauck-Behörde bestätigen Aussagen von Gregor Gysi Datum : 13.06.1997 **Thema :** **Gauck / Gysi** Zur heutigen Meldung der »BILD«-Zeitung und zu entsprechenden Meldungen der Agentur ddp/adn, wonach neue Dokumente den Stasi-Verdacht gegen Gregor

Gysi erhärten würden, erklärt die stellvertretende Pressesprecherin der Abgeordnetengruppe der PDS, Christine Hempel:

Wie so häufig irrt »BILD« auch heute mit ihrem Bericht über neue Dokumente gegen Gregor Gysi, die den Stasi-Verdacht erhärten würden. Das Gegenteil ist richtig. Zunächst trägt die Information vom 11.6.1980, auf die sich die »BILD«-Zeitung bezieht, nicht die Quellenbezeichnung »IM-Notar«, sondern die Quellenbezeichnung »IM Gregor«.

PDS im Bundestag: Einladung zur Datum : 23.04.1997 **Thema : Gauck ohne Ende**
Pressekonferenz mit Gregor Gysi

PDS im Bundestag: Aus »800 Seiten gegen Gysi« werden 18 Seiten Datum : 21.03.1997
Thema : Gauck / MfS Der Vorsitzende der PDS-Bundestagsgruppe,
Gregor Gysi, erklärt:

Mehrere Zeitungen titelten im Zusammenhang mit dem Ergänzenden Bericht der Gauck-Behörde zu mir mit der Überschrift »800 Seiten gegen Gysi«. Nach Durchsicht der als neu übergebenen 158 Dokumente mit 719 Seiten ergibt sich folgendes Bild:

PDS im Bundestag: Gauck-Behörde wiederholt falsche Behauptungen Datum : 19.03.1997
Thema : Gauck/MfS Zu Presseberichten über den »Ergänzenden Bericht« der Gauck-Behörde erklärt Gregor Gysi:

PDS im Bundestag: »FOCUS«-Meldung offensichtlicher Unsinn Datum : 17.03.1997
Thema : Gysi / Gauck In seiner Meldung »800 Seiten gegen Gysi« behauptet der »FOCUS« in seiner aktuellen Ausgabe, daß eine neue Beweisführung gegen Gregor Gysi dadurch möglich wurde,...

PDS im Bundestag: Zwerenz wünscht öffentliches Gespräch mit Gauck und die Hamburger Wehrmachtsausstellung ins Bonner Parlament Datum : 18.11.1996 **Thema : Gauck/Wehrmacht** Anlässlich des Buß- und Bettags erklärt der friedenspolitische Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe, Gerhard Zwerenz:

PDS im Bundestag: Neue Unterlagen der Gauck-Behörde entlasten Gregor Gysi Datum : 11.11.1996 **Thema : Stasi / Gysi** Der Pressesprecher der PDS-Bundestagsgruppe, Jürgen Reents, teilt mit:

PDS im Bundestag: Für eine wirkliche Beförderung des Rechtsfriedens Datum : 08.11.1996 **Thema : Stasiunterlagen** Zur heutigen Debatte um eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erklärt Uwe-Jens Heuer, rechtspolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe

... Nicht zu übersehen ist, daß sozial und rechtlich ausgegrenzt wird, daß Auskünfte der Bundesbehörde á priori Schuld und Entlassung begründen und eine wirkliche Einzelfallprüfung in der Regel nicht stattfindet. ... Während schon die hebräische Bibel uns ans Herz legt, wir mögen unsere Herzen gegenüber Feinden nicht verhärten, polemisiert der Bundesbeauftragte und Theologe Joachim Gauck gegen das umgehende »Gnadenfieber«. Er attackiert die Ostpolitik der siebziger und achtziger Jahre und bringt deren »linksliberale« Repräsentanten in Verbindung mit den von ihm ausgemachten angeblichen 20 000 bis 30 000 einstigen IM's in der alten

Bundesrepublik.

Ich meine, gerade auch der Deutsche Bundestag hat die Verantwortung, zu verhindern, daß sich der Bundesbeauftragte zum McCarthy der Bundesrepublik entwickelt.

PDS im Bundestag: Immunitätsausschuß lehnt öffentliche Anhörung von Gysi ab Datum : 07.10.1996 **Thema : Gysi / Immunitätsausschuß**

Der Immunitätsausschuß hat mehrheitlich eine öffentliche Anhörung von Gregor Gysi in dem gegen ihn gerichteten Überprüfungsverfahren wegen angeblicher IM-Tätigkeit abgelehnt. Dies teilte der Ausschußvorsitzende Dieter Wiefelspütz Gregor Gysi in einem Schreiben mit.

PDS im Bundestag: »... eine von mehreren denkbaren Meinungen...« Das Pressebüro der PDS-Bundestagsgruppe teilt mit: Datum : 12.03.1996 **Thema : Gauck ./ Gysi**
Gregor Gysi hatte im Juni 1995 beim Verwaltungsgericht in Berlin beantragt, der Gauck-Behörde bestimmte Aussagen aus der sogenannten gutachterlichen Stellungnahme gegenüber dem Immunitätsausschuß des Bundestages und in weiteren Zusammenhängen zu untersagen.

PDS im Bundestag: Gegen Aufhebung der Immunität von Gregor Gysi Datum : 01.02.1996 **Thema : Immunität / Gysi** Erklärung zur Abstimmung am 1.2.96 im Bundestag Dagmar Enkelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin:

PDS im Bundestag: »... eine von mehreren denkbaren Meinungen...« Das Pressebüro der PDS-Bundestagsgruppe teilt mit: Datum : 12.03.1996 **Thema : Gauck ./ Gysi**

PDS im Bundestag: Landgericht bezweifelt Objektivität des Gauck-Gutachtens Datum : 11.10.1995 **Thema : Medien / Gysi** Der Pressesprecher der PDS im Bundestag, Jürgen Reents, teilt mit: Durch Pressemitteilung vom 15.9.95 wurde bereits darüber informiert, daß das Landgericht Berlin eine Klage der »Berliner Zeitung« gegen Gregor Gysi abgewiesen hat. Mit der Klage hatte die »Berliner Zeitung« auf der Grundlage des Gauck-Gutachtens über Gregor Gysi begehrt, diesen Gysi künftig einen »Stasi-Spitzel« nennen zu dürfen.

PDS im Bundestag: Berliner Zeitung gegen Gregor Gysi - Prozeß vertagt Datum : 23.08.1995 **Thema : Gysi / Medien** Die Pressesprecherin der PDS im Bundestag, Christine Hempel erklärt:

Die Berliner Zeitung hatte sich nach einer entsprechenden Veröffentlichung schriftlich verpflichtet, nie wieder zu behaupten, daß Gregor Gysi ein »Stasi-Spitzel« gewesen sei. Mit großer Ankündigung im eigenen Blatt teilte sie Ende Juni 95 mit, daß sie Klage gegen Gregor Gysi vor dem Landgericht in Berlin erheben werde. Sie wollte festgestellt wissen, daß sie an die alte Erklärung nicht mehr gebunden sei und künftig das Recht habe, Gregor Gysi wieder einen »Stasi-Spitzel« zu nennen...

PDS im Bundestag: Gericht bescheinigt Gauck-Behörde: Keine Tatsachen, keine Wahrheiten Datum : 19.07.1995 **Thema : Gauck / Gysi**

PDS im Bundestag: Gauck-Behörde leistet politischen Offenbarungseid Datum : 12.07.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Die Frankfurter Rundschau berichtet

in ihrer heutigen Ausgabe über den Schriftsatz, den die Anwälte der Gauck-Behörde an das Verwaltungsgericht Berlin im Rechtsstreit Gregor Gysi gegen das Gauck-Gutachten eingereicht haben. Ergänzend zum FR-Bericht teilt der Pressesprecher der PDS im Bundestag, Jürgen Reents, dazu mit:

PDS im Bundestag: Gysi: Kein Einwand gegen öffentliches Überprüfungsverfahren Datum : 07.07.1995 **Thema : Gauck / Gysi**

PDS im Bundestag: Gysi ./ Gauck - Widerspruch gegen das neue Gutachten Datum : 23.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Die Bundestagsgruppe und der Bundesvorstand der PDS haben eine gemeinsame Broschüre herausgegeben: Gysi ./ Gauck - Widerspruch gegen das neue Gutachten.

PDS im Bundestag: Erklärung zur »Berliner Zeitung« und zur »Wochenpost« Datum : 22.06.1995 **Thema : Medien / Stasi** Zur Klage der »Berliner Zeitung« und zur Strafanzeige eines Redakteurs der »Wochenpost« gegen seine Person erklärt der Vorsitzende der PDS im Bundestag, Dr. Gregor Gysi:

PDS im Bundestag: Ich stehe zu Gregor Gysi Datum : 22.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Frau Bohley und eine Handvoll gutbedienter DDR-Spätldissidenten richten den Frust ihrer selbstverschuldeten Niederlagen gegen Gregor Gysi, dem die Rufmordkollektive Mandantenverrat vorwerfen.

Beweise, die fehlen, werden im Dutzend behauptet. Obwohl Gysis Mandanten durchweg gut wegkamen. Rudolf Bahro sagt das und wird ignoriert. Daß Frau Bohleys luxuriöses Exil in Großbritannien mit der Bitte an ihren Anwalt Gysi endete, er möge sie vom Prager Flughafen abholen und in die DDR zurückbegleiten, was die Stasi verhindern wollte - es ist vergessen...
...Gerhard Zwerenz

PDS im Bundestag: Erneut Manipulation der Gauck-Behörde nachgewiesen Datum : 21.06.1995 **Thema : Gauck / Stasi** Die stellvertretende Vorsitzende der PDS im Bundestag, Prof. Dr. Christa Luft, erklärt:

Auf meinen Antrag hin habe ich diese Woche Einsicht in meine Akte bei der Gauck-Behörde nehmen können. Meine Vermutung, die ich unmittelbar nach Überreichung der Unterlagen Ende Mai an die Bundestagspräsidentin geäußert habe, hat sich bestätigt. Die Gauck-Behörde hat mir vor der Bundestagswahl wahrheitswidrig Auskunft erteilt und eine Bekanntgabe ihrer Informationen zurückgehalten:...

PDS im Bundestag: Gysi will öffentliche Anhörung vor Immunitätsausschuß Datum : 21.06.1995 **Thema : Gauck / Stasi** Gregor Gysi hat heute auf das späte Angebot des Immunitätsausschusses, ihm auf der Sitzung am 29.6.95 rechtliches Gehör zu gewähren, mit einem Schreiben an den Ausschußvorsitzenden Dieter Wiefelspütz geantwortet. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

PDS im Bundestag: Ex-Mandant Guntolf Herzberg: »Gregor Gysi war kein IM« Datum : 14.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Guntolf Herzberg, ein früherer Mandant von Gregor Gysi, hat mitgeteilt, daß er weiterhin zu

seiner Erklärung steht, die er bereits im November 1992 in einem Brief an Gregor Gysi formuliert hat. Dieser Brief von Guntolf Herzberg hat folgenden Wortlaut:

PDS im Bundestag: Strafanzeigen gegen Gauck-Behörde Datum : 13.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Die Schwester und der älteste Sohn von Gregor Gysi haben gestern Strafanzeige und Strafantrag gegen Joachim Gauck, Dr. Hansjörg Geiger und weitere Mitarbeiter der Gauck-Behörde gestellt. Gegenstand der Strafanzeige ist, daß operative Erkenntnisse des MfS über ihre Person den Anlagen des Gutachtens gegen Gregor Gysi beigelegt sind. Diese Informationen stehen in keinerlei Zusammenhang mit dem Untersuchungsauftrag der Gauck-Behörde.

PDS im Bundestag: Christa Luft beantragt erneut Akteneinsicht bei der Gauck-Behörde Datum : 13.06.1995 **Thema : Gauck / Stasi** Die PDS-Abgeordnete Christa Luft hat bei der Gauck-Behörde erneut unverzügliche Akteneinsicht beantragt. In ihrem heutigen Schreiben weist sie darauf hin, daß die Gauck-Behörde ihr am 8. Juni auf ihren Antrag hin Unterlagen mit der Bemerkung zugesandt habe, daß diese auch an die Medien herausgegeben worden seien. Aber, so Christa Luft weiter:

»In der Report-Sendung am 12.6. wurden mir n i c h t übergebene Materialien vorgestellt und in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, ich hätte z.B. in Moskau Personen kompromittierende Berichte verfaßt...

PDS im Bundestag: Niemand wird es gelingen, mich zum IM zu machen Datum : 06.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Zu Forderungen nach Mandatsrückgabe erklärt der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe der PDS, Dr. Gregor Gysi: ...Das MfS hat es nicht geschafft, mich zum IM zu machen, der Gauck-Behörde und dem Bundestag wird es nachträglich auch nicht gelingen.

PDS im Bundestag: Gysi geht gegen Gauck-Behörde vor Verwaltungsgericht Datum : 05.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Gregor Gysi hat seinen angekündigten Antrag auf einstweilige Anordnung gegen die Gauck-Behörde beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht...

PDS im Bundestag: Lederer und Müller ersuchen Bundestagspräsidentin um Gespräch Datum : 04.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi**

PDS im Bundestag: CDU-, FDP- und SPD-Politiker verdrehen die Beweislast Datum : 03.06.1995 **Thema : Gauck / Gysi** Mit ihren Forderungen zur Mandatsniederlegung an Gregor Gysi haben Politiker von CDU/CSU, SPD und FDP nun die Staffette im Amoklauf übernommen, der mit dem Gauck-Gutachten gestartet wurde. Daß die von der Gauck-Behörde überreichten Unterlagen »den Schluß nahelegen«, Gregor Gysi habe »mandantenbezogene Informationen an das MfS« weitergegeben (CDU-Generalsekretär Hintze), daß die »Vorwürfe an Glaubwürdigkeit zunehmen« würden (FDP-Fraktionschef Solms), und daß Gysi sein Bundestagsmandat niederlegen müsse, falls er die »Vorwürfe nicht widerlegen« könne (SPD-Fraktionsvize Thierse) was heißt das denn alles anderes, als von Gregor Gysi einen Unschuldsnachweis zu verlangen und damit die Beweislast und die Rechtsstaatlichkeit zu verdrehen?

PDS im Bundestag: Erklärung von Prof. Dr. Christa Luft Datum : 31.05.1995 **Thema : Stasi / Gauck** Prof. Dr. Christa Luft, stellvertretende Vorsitzende der PDS im Bundestag, erklärt zu einer Auskunft der Gauck-Behörde gegenüber der Bundestagspräsidentin:

PDS im Bundestag: Erklärung der PDS-Bundestagsgruppe Datum : 30.05.1995

Thema : Gauck ./. **Gysi** zu den neuen alten Angriffen gegen Gregor Gysi

Seit Jahren erleben wir das ständige Auf und Ab einer Diffamierungskampagne gegen Gregor Gysi. Die Vorwürfe sind immer dieselben - die angebotenen »Belege« dafür im wesentlichen auch...

PDS im Bundestag: Erklärung der PDS-Bundestagsgruppe Datum : 30.05.1995

Thema : Gauck ./. **Gysi** zu den neuen alten Angriffen gegen Gregor Gysi
Seit Jahren erleben wir das ständige Auf und Ab einer Diffamierungskampagne gegen Gregor Gysi. Die Vorwürfe sind immer dieselben - die angebotenen »Belege« dafür im wesentlichen auch...

PDS im Bundestag: Einladung zur Pressekonferenz Datum : 30.05.1995 Thema : Stasi / Gauck mit GREGOR GYSI und CHRISTA LUFT

PDS im Bundestag: Amtlicher Rufmord Datum : 27.05.1995 Thema : Gauck ./. **Gysi**

junge Welt

Inland

10.06.2000

Gauck gauckt das Internet

Wie der Behördenchef versucht, mit den Ärgernissen des IT-Zeitalters fertigzuwerden

Wer kennt ihn nicht, den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Der ehemalige Pfarrer Joachim Gauck und die von ihm geleitete vieltausendköpfige Behörde sind der Garant, daß der kalte Krieg bis zum Aussterben der letzten Ureinwohner der DDR gnadenlos fortgesetzt wird. Soviel heiliger Eifer bringt natürlich massenhaft Kritiker und Gegner auf den Plan. So hat der in Berlin lebende Deutsch-Kanadier **Alant Jost** eine einfache Methode gefunden, die BStU - so die amtliche Abkürzung der Behörde - kräftig zu zwicken: Er ließ für sich im Internet die Domain »Gauck.de« registrieren und stellte dort kritische Artikel und Presseberichte hinein. Dazu benutzt er auch ein Bild der Web-Eingangsseite der Behörde, um deren Bildauswahl und Diktion bloßzustellen, wie er gegenüber jW erklärte...

junge Welt

Suchergebnis: 143 Dokumente gefunden

Suche nach: **gauck**

Dokumente 1 - 10 von 143 gefundenen:

 junge Welt vom 10.06.2000: Gauck gauckt das Internet

100% junge Welt Inland 10.06.2000 **Gauck** gauckt das Internet Wie der Behördenchef versucht, mit den Ärgernissen des IT-Zeitalters fertigzuwerden Wer kennt ihn nicht, den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen ...
<http://www.jungewelt.de/2000/06-10/011.shtml> - geändert: 09.06.2000 - Größe: 7 kb

 junge Welt vom 10.06.2000: Aktenlese

1% ... Anhang 236 Seiten stark und enthält neben einigen Dokumenten aus den 30er und 40er Jahren eine Zusammenstellung von **Gauck**-Akten, die zum Teil den Charme von Büroregisraturen haben. Wilfriede Otto formuliert ihre Sätze nicht selten in dem in ...
<http://www.jungewelt.de/2000/06-10/022.shtml> - geändert: 09.06.2000 - Größe: 7 kb

 junge Welt vom 26.05.2000: Recht und Sicherheit

1% ... eines einzigen Monats zum Thema MfS zeigt das: Für westdeutsche Spitzenpolitiker gelten beim Heranziehen von **Gauck**-Akten Sonderbedingungen; ein westdeutscher Mitarbeiter des MfS wird fast 20 Jahre nach der ihm zur Last gelegten Tat verhaftet ...
<http://www.jungewelt.de/2000/05-26/002.shtml> - geändert: 25.05.2000 - Größe: 5 kb

 junge Welt vom 22.05.2000: Warum gehen Sie zum Verfassungsgericht?

1% ... aus dem Raum geführt, worauf wir Ausschußmitglieder der PDS-Fraktion ebenfalls die Sitzung verließen. F: Die **Gauck**-Auskünfte zu den Mitarbeitern sind aber noch gar nicht eingegangen, wie kommt es dann zu diesen Vorwürfen? Die Überprüfung der ...
<http://www.jungewelt.de/2000/05-22/015.shtml> - geändert: 21.05.2000 - Größe: 7 kb

 junge Welt vom 20.05.2000: Märchenstunde

1% ... nie viel gesprochen werden. Symbol der Vereinigungspolitik bleibt die üppig dotierte Inquisitionsbehörde des Pastor **Gauck**, die einzige Institution im Osten, in der Kanzler Schröder einen öffentlichen Auftritt absolvierte. Natürlich hat sich ...
<http://www.jungewelt.de/2000/05-20/002.shtml> - geändert: 19.05.2000 - Größe: 6 kb

 junge Welt vom 02.05.2000: Nicht viel Phantasie nötig

1% ... Gelegenheit aber wieder hervorgeholt werden können. In dieser Hinsicht erinnert der Umgang mit den Akten an die **Gauck**-Behörde. Natürlich haben auch »führende« Männer des deutschen Sports ihre maßlose Empörung über das Schnellverfahren gegen ...
<http://www.jungewelt.de/2000/05-02/018.shtml> - geändert: 01.05.2000 - Größe: 10 kb

 junge Welt vom 27.04.2000: Neues aus der MfS-Abhörabteilung

19% junge Welt Feuilleton 27.04.2000 Neues aus der MfS-Abhörabteilung Aktenhüter **Gauck** als gesetzloser Charakterlump Das Schatzkästlein der rheinischen **Gauck**-Freunde lieferte am Mittwoch neue Pretiosen für den bundesdeutschen Medienchic. Ein Innenministeriumssprecher ...
<http://www.jungewelt.de/2000/04-27/019.shtml> - geändert: 26.04.2000 - Größe: 5 kb

 junge Welt vom 05.04.2000: Wann können Sie MfS-Infos gegen Kohl verwenden?

1% ... ist für mich eine Gleichbehandlung von geheimdienstlichen Erkenntnissen nicht gegeben. F: Nichtsdestotrotz hat die **Gauck**-Behörde, hat Joachim **Gauck** persönlich erklärt, daß er diese Unterlagen zur Verfügung stellen möchte ... daß er bereit ...
<http://www.jungewelt.de/2000/04-05/015.shtml> - geändert: 05.04.2000 - Größe: 8 kb

 junge Welt vom 05.04.2000: Die Büchse der Pandora

20% junge Welt Inland 05.04.2000 Die Büchse der Pandora Umgang mit MfS-Akten verstört Politszene. **Gauck** sieht Veröffentlichung gelassen Wurde sie geöffnet, gab's Probleme: Die sagenhafte Büchse der Pandora ist wieder einmal neu erfunden worden ...
<http://www.jungewelt.de/2000/04-05/010.shtml> - geändert: 05.04.2000 - Größe: 7 kb

 junge Welt vom 03.04.2000: Geburtstag in der Klemme

1% ... Rache sind die Kohl-Abhörprotokolle des Ministeriums für Staatssicherheit, die offenbar sicher und zugänglich in der Gauck-Behörde lagern. Dazu kommt eine dicke Handakte, in der die Kundschafter für den Frieden offenbar einiges zum System Kohl ...
<http://www.jungewelt.de/2000/04-03/002.shtml> - geändert: 02.04.2000 - Größe: 5 kb

[vorige Seite] [Seite: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10] [nächste Seite]

junge Welt Suche nach: Gauck Suchergebnis: 143 Dokumente gefunden nach Trefferwert (Häufigkeit/Position) von März 1997 - heute

junge Welt Suche nach: Gauck Suchergebnis: 143 Dokumente gefunden chronologische: aktuelle zuerst von März 1997 - heute



Das Gauck-Lesebuch

Amazon.de, auf einen Blick: Das Gauck- Lesebuch. Eine Behörde abseits der Verfassung? Eine bundesdeutsche Behörde "abseits der Verfassung"? -- schwer vorstellbar, aber dennoch möglich. Warum, das schildert das Gauck-Lesebuch. Es analysiert die Motive des Theologen Joachim Gauck, seinen Umgang mit den ihm anvertrauten Akten, und es fragt nach der Interpretationsmacht einer Behörde, deren rechtsstaatliche Kontrolle vom Gesetzgeber nicht vorgesehen ist.

In 21 Beiträgen decken die Autoren auf, wie die Gauckbehörde ihre unkontrollierten Spielräume nutzt, um in enger Kooperation mit Wissenschaftlern und Medien politisch mißliebige Personen als Stasi-Spitzel zu diskreditieren. Prominente Opfer dieser Medienconnection sind u.a. Bernd Engelmann, Günter Wallraff und Stefan Hermlin.

Dabei steht für die Autoren außer Frage, daß die Stasi-Verbrechen aufgeklärt und das erlittene Unrecht gesühnt werden muß. Sie wenden sich in diesem Zusammenhang aber entschieden gegen die "herrschende Westmoral, nach der eine Person in herausgehobener Stellung keinesfalls Kontakte mit der Staatssicherheit gehabt haben darf, unabhängig davon, ob sie dadurch anderen Menschen geholfen oder geschadet hat", und sie plädieren für einen differenzierten und sensiblen Umgang mit den Stasi-Akten, bei dem die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen unbedingte gewahrt bleiben müssen.

Die Arbeitsweise der milliardenteuren Gauck-Behörde wird kritisch durchleuchtet. Die Autoren decken auf, wie Stasi-Akten immer wieder für undurchsichtige politische Machenschaften genutzt werden konnten.

Petition

Wenn schon diese Superbehörde des STASI-Unterlagen-Gesetzes nicht sofort abgeschafft werden kann, so sollte sie doch wenigstens ihre Geschäfte zurückhaltender als bisher und unter **verstärkter parlamentarischer Kontrolle** führen. Sie sollte sich vor allem nicht zu *Meinungsäußerungen und Beurteilungen hinreissen* lassen. Sie sollte daher ihre aggressive, auf den fortwährenden Beweis der Notwendigkeit des STASI-Unterlagen-Gesetzes gerichtete Öffentlichkeitsarbeit reduzieren und immer eingedenk der Tatsache agieren, dass im Lichte der Zwangsläufigkeiten eines repressiven Staates auch die Sünder Opfer sind. So gesehen sollte Herr Pfarrer Gauck seinen Eifer zurücknehmen. Das ist allerdings kein Plädoyer für Verbrecher.

Unser Volk braucht inneren Frieden, um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Verständnis für den Sünder in den Netzen eines verdorbenen, kranken Staates brächte uns dem inneren Frieden näher. Und wie können wir Versöhnung mit dem jüdischen Volk heischen, wenn wir nicht selbst die Hand manchen unserer so tragisch verstrickten Landsleuten entgegen halten wollen.

[intrigue.html](#) [Frieden Bergpredigt STASI-Akten.html](#)

[Jugend und Radikale - Woher und Wohin.html](#)   [bigsleep.gifmontneu.gif](#)

Die "Methode Gauck" - Zur Diskussion um Wolfgang Abendroth [Gespräch mit der Zeitschrift "Sozialismus"](#)

Aus bürgerlicher Presse



Berliner Morgenpost

Wissenschaftler bringt Gauck-Behörde in die Bredouille

Mittwoch, 24. November 1999

Direktor Peter Busse kündigt an, das «innerbetriebliche Instrumentarium» künftig besser zu überprüfen

Von Christoph Irion

Links kündigt Vertrag mit der Gauck-Behörde

Samstag, 16. Oktober 1999

Dänemark auf der Suche nach früheren Stasi-Spionen

Donnerstag, 26. August 1999

Justizminister bittet Gauck-Behörde um Hilfe

Von Lars-Broder Keil

Gauck kritisiert fehlendes Schuldbewußtsein bei Bischöfen

Donnerstag, 15. Juli 1999

Die Schweiz bildet eine «Gauck-Behörde»

Dienstag, 30. März 1999

Von Lars-Broder Keil

Thierse und Gauck lehnen Amnestie für DDR-Obere ab

Mittwoch, 23. Dezember 1998

Gauck-Behörde: Kein Hinweis auf Stasi-Spion in Papst-Nähe

09. 5 1998

15 hauptamtliche Stasi-Leute bei Gauck

31.1 1997

Die JF - Jetzt am Kiosk oder Testabo bestellen [Why have a JUNGE FREIHEIT link on my website? Well, there's a line in the movie the Godfather, it goes: You should be very close to your friends, but even closer to your enemies.]

Bericht der Gauck-Behörde: Die Staatsicherheit der DDR hatte 30.000 Helfer in der Bundesrepublik

Mielkes langer Arm im Westen

Gerhard Quast / Peter Krause

Zehntausende drängelten ins Stasi-Archiv Gauck-Bänder

DJN Deutscher Juristischer Nachrichtendienst

OVG Berlin: Gauck-Behörde ist gegenüber dem Landtagspräsidium zur Auskunft über Mitarbeiter von Landtagsabgeordneten verpflichtet

+++++

Commentary: Quite often, one finds in Germany articles, commentaries in newspapers and programs on television on how terrible the exaggerated/extremist anti-communism of the United States is - "den übertriebenen Antikommunismus der Amerikanern". Such criticism which reflects on the United State's policy towards Cuba, the killing fields during the Vietnam war, the US supported death squads in Central America, or on the anti-communist hysteria of the McCarthy era generally, or specifically on the electrocution of the Rosenbergs in June of 1953, or for example, on the anti-communist death squads trained at the School of the Americas at Fort Bragg, North Carolina is well placed. Only, Germany's own repression of its own Marxists is rarely criticized by its main stream media. Or for that matter, former West-Germany's own support of the killing fields in Vietnam. It is this hypocrisy that makes my stomach turn! When generous benefits are paid to former Nazi criminals (billions of marks), and compensation to victims of forced labor is slow in coming or not at all, while at the same time no stone is left unturned in order to illegally prosecute former citizens of East Germany who have *their* pensions illegally shortened or eliminated, one is tempted to think that these Germans with their "Gauck Officials" and prosecutions of former East Germans are *basically* trying to play the role of the good innocent Germans simply thirsting for justice. Again, it is this hypocrisy that makes me sick! For information on Germany's Victors' Justice (some in English as well as in German) see my website at: <http://Siegerjustiz.de>

This website <http://Gauck.de> is owned and maintained by Alant Jost. Articles or links (particularly on the destructive nature of the "Gauck Officials" activities) are warmly welcomed. Please mail them to: jost@zedat.fu-berlin.de

As mentioned above, this site can also be seen at: <http://gauck.com>, <http://gauck.net> and <http://gauck.org>.

Please look at: Siegerjustiz.de



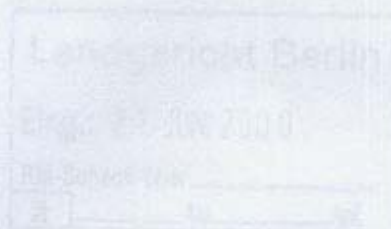
SubmitWolf DE



For my personal Homepage see: <http://Alant.org>

Always tell the truth. People will hate you for it, they may even try to kill you, but if you *always* tell the truth God will stand by your side. --Neem Karoli Baba

Absolution



ORANIERSTRASSE 104
10589 BERLIN
TELEFON (030) 5 14 79 100
TELEFAX (030) 5 14 79 101
INTERNET <http://www.gauck.net>

20. Juni 2000

In dem obenwählgten Verfügungsverfahren

bin ich beauftragt für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
DDR Herr Joachim Gauck
- 16 G 35/2000 -

J. Alois Jost

beauftragt ich zusammen und im Vollmacht des Gläubigers
gem § 340 ZPO,

gegen den Schuldner wegen Verstoßes gegen die
Verpflichtung in der einstweiligen Verfügung des
Landgerichts Berlin vom 9. Juni 2000, Az 16 G 35/2000, zu verfahren hat Ordnungsgeld, ersatz-
weise Ordnungsgeld, festzusetzen.

Begründung:

Mit einstweiliger Verfügung vom 9. Juni 2000, deren zu-
gesetzte Ausfertigung ich in Kopie als

Anlage ZV 1

beiliegend in dem Schuldner unterlegt worden, ist die
Bezeichnung „gauck.net“, „gauck.com“ und „gauck.org“

